



FDP | 07.07.2014 - 14:00

---

## LAMBSDORFF-Interview für den „Deutschlandfunk“

Berlin. Der Vorsitzende der FDP im Europäischen Parlament FDP-Präsidiumsmitglied ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF gab dem „Deutschlandfunk“ heute das folgende Interview. Die Fragen stellte MARIO DOBOVISEK:

Frage: Alexander Graf Lambsdorff, für die Liberalen im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments und Mitglied der Atlantikbrücke, die Aufklärer werden ausgespät. Wie klingt das für Sie?

LAMBSDORFF: Das klingt entsetzlich. Das muss ich Ihnen sagen, Herr Dobovisek. Als jemand, der an den transatlantischen Beziehungen seit vielen Jahren arbeitet, kann ich mich den Kollegen im Deutschen Bundestag da nur anschließen. Hier ist wirklich ein Vertrauensbruch jetzt erfolgt. Das Ganze ist aber auch – das muss man deutlich sagen – das Versagen der Sicherheitsbehörden. Der sogenannte 360-Grad-Blick wird ja offensichtlich immer noch nicht vernünftig angewendet, denn der Agent ist ja aufgefliegen in dem Moment, als er seine Dienste auch den Russen angeboten hat, und daraufhin flog er erst auf. Dass er mit den Amerikanern seit zwei Jahren zusammenarbeitete, blieb offensichtlich völlig unerkannt. Mit anderen Worten: BND und Verfassungsschutz haben hier erneut versagt.

Frage: Bleiben wir, bevor wir über den BND sprechen, noch beim Verhältnis zu den USA. Haben wir denn überhaupt noch ein gutes Verhältnis?

LAMBSDORFF: Wir haben ein Verhältnis, das weit über die Geheimdienste hinausgeht, das auch weit über die Terrorbekämpfung hinausgeht. Wir haben ein Wirtschaftsverhältnis, wir haben eine Beziehung – das werden wir in diesem Sommer auch wieder sehen – auf der menschlichen Ebene mit Tourismus und Kultur. Das sind sehr vielfältige, sehr enge, sehr dichte Beziehungen, und ich glaube, die darf man auch nicht aus dem Blick verlieren, wenn wir über diese Dinge hier reden. Aber das regierungsamtliche Handeln der Sicherheitsbehörden, das ist eine Beziehung, die schwer gestört ist und die dringend repariert werden muss.

Frage: Wie kann das repariert werden, was, um es im Prinzip mit einem Elefanten im Porzellanladen gleichzusetzen, so dermaßen zerstört wurde?

LAMBSDORFF: Na ja, ich glaube, dass ganz klar ist: Das was jetzt hier geradezu noch einmal kleinlaut von Thomas de Maizière angekündigt worden ist, man nehme jetzt aber tatsächlich mal sich vor, einen 360-Grad-Blick zu machen, das heißt die Ertüchtigung der eigenen Spionageabwehr, das ist wichtig, um solche Fälle für die Zukunft so gut wie möglich auszuschließen. Das zweite ist: Man muss deutlich machen, wo zusammengearbeitet wird. Nachrichtendienste arbeiten zusammen im Westen, das ist auch richtig so. Wir müssen Soldaten, die von der Bundeswehr im Ausland sind, schützen. Dazu brauchen wir auch andere Dienste und deren Erkenntnisse. Und wir müssen ganz klar mit den Amerikanern noch einmal – das wird vermutlich nur hinter den Kulissen gehen – darüber sprechen, dass das, was hier passiert ist, sich nicht wiederholen darf.

Frage: Wie kann und muss Washington jetzt dazu beitragen, um die Wogen wieder zu glätten?

LAMBSDORFF: Na ja, Washington hat hier ja an einer Stelle ganz klar versagt. Wenn irgendjemand aus einem befreundeten Dienst, in diesem Falle aus dem Bundesnachrichtendienst, einem westlichen

Nachrichtendienst, also der NSA in diesem Fall, Unterlagen gegen Bezahlung anbietet, das heißt einen Rechtsbruch begeht, dann darf die NSA nicht einfach sagen, ja, hier ist das Geld, gebt uns die Unterlagen, sondern dann muss ein ganz klares Nein kommen und eine Warnung an die BND-Mitarbeiter, an die BND-Führung, dass hier jemand ist, der sich als Doppelagent betätigt. Das Verhalten, dieses Verhalten müssen die amerikanischen Dienste offenbar neu lernen, dass man unter westlichen Geheimdiensten einander sich nicht ausspät, sondern im Gegenteil Erkenntnisse teilt, dort wo sie zum Schutz der Staatsangehörigen dienen.

Frage: Werden da die empörten politischen Worte aus Berlin reichen, um Washington dazu zu bringen?

LAMBSDORFF: Nein. Empörte Worte alleine werden sicher nicht reichen. Das habe ich ja gesagt und das habe ich auch schon vor Monaten gesagt, nachdem die erste Runde des Abhörens deutlich wurde mit dem Handy der Kanzlerin, mit der Massenabspeicherung der Daten von unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Deutschland, übrigens natürlich auch von Abgeordneten. Ich frage mich, wie naiv Herr Arnold ist. Natürlich wird Herr Arnold abgehört. Natürlich werden die Handys von deutschen Bundestagsabgeordneten, sind die Gegenstand von Angriffen ausländischer Nachrichtendienste. Das weiß jeder. Aber diese ganzen Dinge, das wird sich nicht mit warmen politischen Worten regeln lassen, sondern es braucht ganz konkrete Maßnahmen, um da Fortschritte zu machen, und das erste ist die Ertüchtigung der eigenen Spionageabwehr.

Frage: Das bedeutete auch – das ist etwa das, was Bundesinnenminister Thomas de Maizière vorgeschlagen haben soll laut Bild-Zeitung –, den Aufklärungsauftrag der deutschen Dienste auf die USA auszuweiten, sprich Aug um Aug, Zahn um Zahn. Klingt das gut für Sie?

LAMBSDORFF: Na ja, das ist ein Missverständnis. Da hat die Bild-Zeitung stark verkürzt. Der 360-Grad-Blick, über den wir hier reden, das ist das, was damit gemeint ist. Es geht darum, dass Spionageabwehr, das heißt die Abwehr von anderen Diensten, die im eigenen Bereich Aufklärungstätigkeit betreiben, im eigenen Bereich spionieren, diese Abwehr, die richtet sich bisher gegen Russland, gegen China, gegen andere, als gegnerisch definierte Dienste. Aber da sind natürlich die Amerikaner nicht dabei, da sind die Briten nicht dabei, da sind auch andere Dienste nicht dabei, die normalerweise im Westen einfach kooperieren. Und das, was Thomas de Maizière hier gesagt hat, ist das, was vor Monaten schon hätte erfolgen müssen, vor Monaten schon hätte umgesetzt werden müssen. Eine Spionageabwehr muss sich gegen alle Dienste richten, also offenbar auch gegen diejenigen dieser Five-Eyes-Alliance, dieser Fünf-Augen-Allianz, denn offensichtlich gibt es Teile davon, die auch gegen Deutschland arbeiten.

Frage: Müssen also Teile der USA, sprich die Dienste als Feinde betrachtet werden?

LAMBSDORFF: Ich würde nicht so weit gehen, sie als Feinde zu betrachten. Aber wenn einzelne ihrer Mitarbeiter und wenn ganze Abteilungen vielleicht sich daran begeben, deutsche Staatsgeheimnisse auszuspionieren von amerikanischer Seite, dann ist das etwas, was ich nicht als feindlichen Akt bezeichnen würde, sondern als nachrichtendienstliche Tätigkeit, die über das hinausgeht, was unter Alliierten üblich ist, und dagegen hat Deutschland sich zu schützen. Das ist ein legitimes Interesse, das ist Teil des Amtseides jedes Bundesministers.

Frage: Wie kann sich denn Deutschland vor den eigenen Mitarbeitern, die offenbar bestechlich sind, schützen? Denn die Feinde, so lernen wir, sitzen in den eigenen Reihen.

LAMBSDORFF: Nun, das ist etwas, womit jeder Nachrichtendienst zu tun hat, Doppelagenten in den eigenen Reihen aufzuspüren. Wenn es um Russland geht, scheint das ja zu funktionieren. In dem Moment, als er sich mit den Russen in Verbindung setzte, flog der Agent auf. Aber genau diese Mechanismen, die bei Russland jetzt wirken, die müssen gegenüber den USA auch installiert werden, im BND und im Bundesverfassungsschutz, damit so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommen kann.

Frage: Welche Rolle sollen bei der Kontrolle die Parlamente übernehmen?

LAMBSDORFF: Das ist zunächst einmal die operative Aufklärung im Dienst selber. Das heißt, das ist eine Sache, wo sich Verfassungsschutz und BND besser aufstellen müssen. Die Parlamente müssen über ihre Kontrollgremien sich berichten lassen, was konkret geschieht, welche Maßnahmen eingeführt werden. Wie diese 360-Grad-Abwehr tatsächlich umgesetzt wird, das ist Aufgabe des Parlamentarischen Kontrollgremiums, und auch hier hat der Deutsche Bundestag ein Interesse daran, diese Kontrolle zu verstärken. Ähnlich wie im amerikanischen Senat ist es ja auch im Deutschen Bundestag so, dass die Nachrichtendienste glaubten, sie können machen was sie wollen und häppchenweise die Abgeordneten informieren. Ich glaube, diese Zeiten sind endgültig vorbei.

Frage: Kommen wir zurück zu denjenigen, die jüngst ausgespäht worden sein sollen, nämlich die Abgeordneten im NSA-Untersuchungsausschuss. Da gibt es einen großen Streit über die Frage, ob Edward Snowden, der Informant der NSA, eingeladen werden soll nach Deutschland, als Zeuge gehört werden soll. Welche Meinung haben Sie?

LAMBSDORFF: Ich glaube, es ist richtig, ihn anzuhören. Ob man ihn einladen soll oder nicht, steht auf einem völlig anderen Blatt. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Snowden in Deutschland Asyl beantragt hätte – das müsste er ja tun –, oder darum gebeten hätte. Ich glaube, es ist richtig, den Versuch zu unternehmen, mit ihm zu reden. Bisher will er das nicht, weil ihm kein sicherer Aufenthalt garantiert werden kann. Wenn die Bundesregierung das täte, hielte ich das auch für einen Fehler. Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg ist. Der richtige Weg ist, die Informationen zu bekommen. Aber Snowden, der der NSA ja die Unterlagen entwendet hat, rechtswidrig entwendet hat, hier Asyl zu geben, das wäre ein Problem für das Asylrecht. Das Asylrecht wendet sich an politisch Verfolgte, es soll ihnen Schutz gewähren. Snowden ist kein politisch Verfolgter, sondern jemand, der eine Straftat begangen hat, und das ist eine Straftat, die auch bei uns unter Strafe steht, wie wir es gerade am BND-Doppelagenten ja sehen. Wir möchten auch nicht, dass diesem in irgendeinem anderen Land politisches Asyl gewährt wird.

---

**Quell-URL:** <https://www.liberales.de/content/lambsdorff-interview-fuer-den-deutschlandfunk-1>